

PRESSEMITTEILUNG

Digitalreport 2020:

Wenig Vertrauen in die Digitalisierungsstrategie der Bundesregierung

- **Digitalisierung essentiell für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands**
- **Bevölkerung: Bundesregierung hat kein überzeugendes Konzept für digitalen Wandel**
- **Geringes Vertrauen der Bevölkerung in die Kompetenz der Parteien und der zuständigen Bundesminister im Bereich Digitalisierung**
- **Bundesregierung und Parteien müssen die Bedeutung der Digitalisierung für den Wirtschaftsstandort Deutschland erkennen und schnell überzeugende Konzepte für den digitalen Wandel vorlegen**

Berlin, 09. Januar 2020. Fast 60 Prozent der Bevölkerung halten die Bundesregierung beim Thema Digitalisierung für wenig kompetent. 91 Prozent der Führungskräfte aus Wirtschaft und Politik haben nicht den Eindruck, dass die Bundesregierung ein überzeugendes Konzept für den digitalen Wandel hat. Das ist das Ergebnis des Digitalreports 2020 des European Center for Digital Competitiveness der ESCP Business School Berlin und des Instituts für Demoskopie Allensbach. Der Digitalreport basiert auf einer aktuellen repräsentativen Bevölkerungsumfrage sowie Ergebnissen aus einer Umfrage von rund 500 Top-Führungskräften aus Wirtschaft und Politik, wird 2020 erstmals veröffentlicht und fortan jährlich erscheinen.

Sowohl die Wirtschaft als auch die Bevölkerung messen dem Thema Digitalisierung wesentliche Bedeutung bei. 79 Prozent der befragten Spitzenkräfte sind der Meinung, dass die Digitalisierung essentiell für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ist. Die Digitalisierung und der digitale Wandel sind für die Bundesbürger ein wichtiges Thema. Insbesondere die Rolle der Politik wird aus Sicht der Deutschen bei diesem Thema als zentral eingeschätzt: 90 Prozent sind der Meinung, dass sich die Politik im Bereich Digitalisierung auskennen und einschätzen können muss, was auf politischer Ebene im Zusammenhang mit dem digitalen Wandel unternommen werden sollte. Es besteht also ein breiter Konsens in Bezug auf die Bedeutung von Digitalisierung.

Der digitale Wandel wird nicht ausreichend durch die Politik unterstützt

Trotz der wachsenden Bedeutung, die das Thema Digitalisierung in der Politik gewinnt, kommt der digitale Wandel bisher nach dem Eindruck der Führungskräfte nicht voran. 89 Prozent der befragten Führungskräfte bescheinigen Deutschland bei diesem wichtigen Thema einen deutlichen Rückstand.

Auch die durch den Staat beeinflussten Bereiche wie Ämter oder Behörden hinken bei der Digitalisierung deutlich hinterher. Nur 5 Prozent der befragten Spitzenkräfte sind der Meinung, dass der Staat, Ämter und Behörden gut für die Digitalisierung aufgestellt sind. Zum Vergleich: Bei der Wirtschaft sind es 33 Prozent. Am besten wird die Wissenschaft mit 46 Prozent bewertet.

Politik spielt bedeutende Rolle beim Aufholen des digitalen Rückstands

Dem Staat kommt beim Aufholen dieses Rückstands eine zentrale Rolle zu. 87 Prozent der befragten Führungskräfte glauben, dass die Bundesregierung sehr viel dazu beitragen kann, die Digitalisierung in Deutschland voranzutreiben. 86 Prozent sagen aber auch, dass die Bundesregierung den digitalen Wandel nicht ausreichend unterstützt, 91 Prozent bescheinigen der Regierung sogar, kein überzeugendes Konzept für die Digitalisierung zu haben.

Politik muss schnell reagieren, um digitalen Rückstand aufzuholen

„Die Ergebnisse sind alarmierend“, sagt Professor Philip Meissner vom European Center for Digital Competitiveness der ESCP Business School Berlin. „Die Bundesregierung und alle Parteien müssen die Bedeutung der Digitalisierung für den Wirtschaftsstandort Deutschland erkennen und schnell überzeugende Konzepte für den digitalen Wandel vorlegen.“ Da das Thema Digitalisierung nicht nur aus wirtschaftlicher, sondern auch aus geopolitischer Sicht entscheidend sei, müsse schnell gehandelt werden. Es gehe um konkrete Maßnahmen, so Meissner. „Die Schaffung eines Digitalministeriums wäre der erste Schritt. Außerdem brauchen wir in Deutschland mehr Geld für neue Technologien, Innovation und Start-ups. Optionen hierfür wären der Ausbau staatlicher Investitionen in Technologie oder ein Staatsfonds für Investitionen in innovative Unternehmen.“ Die Politik könne hier durchaus von Erfolgen anderer Länder lernen und Maßnahmen, die in Singapur, Schweden oder den USA funktionieren auch in Deutschland umsetzen.

Weit verbreitet Zweifel an der Digitalkompetenz der Politik

Trotz der intensiveren Befassung der Politik mit der ökonomischen und gesellschaftlichen Bedeutung der Digitalisierung und der Notwendigkeit, für diese Transformationsprozesse gute Rahmenbedingungen zu gestalten, ist es bisher weder Parteien noch einzelnen Personen gelungen, sich ein ausgeprägtes Kompetenzprofil zu erarbeiten. Fast 60 Prozent der Bundesbürger halten die Bundesregierung beim Thema Digitalisierung für wenig oder gar nicht kompetent, 15 Prozent sind unentschieden. Gleiches gilt für sämtliche im Bundestag vertretene Parteien: Nur ein Drittel der Bevölkerung traut einer oder mehreren Parteien hier überzeugende Konzepte zu; die große Mehrheit spricht allen Parteien die Kompetenz ab oder hat bisher kein klares Bild von ihren Konzepten.

Für Digitalisierung zuständigen Bundesministern wird kaum Digitalkompetenz zugeschrieben

Neben Bundesregierung und Parteien schneiden auch die fünf in der Bundesregierung für Digitalisierung zuständigen Ministerinnen und Minister schlecht ab. Nur 33 Prozent der Deutschen schreiben zumindest einem der zuständigen Minister Kompetenz zu; die große Mehrheit traut keinem von ihnen auf dem Gebiet Digitalisierung viel zu bzw. hat kein klares Bild von den Vorstellungen der Minister.

„Die Bürger beurteilen die Politik im Bereich Digitalisierung sehr skeptisch und trauen es gegenwärtig weder Regierung noch Parteien zu, die Rahmenbedingungen in diesem so zukunftssträchtigen Bereich erfolgreich zu gestalten“, sagt Professor Renate Köcher vom Institut für Demoskopie Allensbach. „Die Politik hat hier dringenden Handlungsbedarf.“

Der Digitalreport wird in diesem Jahr zum ersten Mal veröffentlicht und in Zukunft jährlich erscheinen. Er wurde vom European Center for Digital Competitiveness an der ESCP Business School Berlin entwickelt. In dessen Auftrag führt das Institut für Demoskopie (IfD) Allensbach eine repräsentative Befragung der Bevölkerung zu dem Stand der Digitalisierung in Deutschland und dem digitalen Kompetenzprofil der Politik durch. Darüber hinaus stützt sich der Report auf Ergebnisse

einer Umfrage von rund 500 Spitzen aus Politik und Wirtschaft, darunter Geschäftsführer und Vorstände aus der Wirtschaft sowie führende Politiker wie Minister, Staatssekretäre und Fraktionsspitzen. Die Bevölkerungsumfrage basiert auf insgesamt 1.298 mündlich persönlichen Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahre. Die Befragung wurde zwischen dem 2. und 13. November 2019 durchgeführt. Die Leitung der Studie liegt bei Professor Dr. Renate Köcher vom IfD Allensbach, Professor Dr. Philip Meissner vom European Center for Digital Competitiveness der ESCP Business School Berlin und Professor Dr. Klaus Schweinsberg vom Centrum für Strategie und Höhere Führung.

Weitere Ergebnisse unter: <https://digital-competitiveness.eu/digitalreport>

ESCP Business School

Die ESCP Business School ist eine internationale Wirtschaftshochschule mit Standorten in 6 europäischen Metropolen, in Berlin, London, Madrid, Paris, Turin und Warschau. Gegründet 1819 ist die ESCP die älteste Business School weltweit. Bis heute belegt die Business School regelmäßig Spitzenplatzierungen in den Rankings der Financial Times. In Deutschland ist die ESCP Business School Berlin staatlich anerkannt und kann damit Abschlüsse, wie auch den Dokortitel, verleihen. Akademische Schwerpunkte der ESCP Berlin sind die Themen Entrepreneurship, Nachhaltigkeit und Digitalisierung.

European Center for Digital Competitiveness by ESCP Business School

Das Center for Digital Competitiveness wurde an der ESCP Business School in Berlin gegründet mit dem expliziten Ziel, das Thema digitale Wettbewerbsfähigkeit stärker in die politische und öffentliche Debatte einzubringen, wo es derzeit nur eine untergeordnete Rolle spielt. Ebenso soll das Center in diesem zunehmend dynamischen Umfeld das Vorhaben unterstützen, Europa als globalen Vorreiter für eine verantwortungsvolle Anwendung von Technologie im Dienste der Gesellschaft zu positionieren.

Das Institut für Demoskopie Allensbach

Das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD Allensbach), häufig auch einfach als »Allensbacher Institut« bezeichnet, wurde 1947 von Professor Dr. Dr. h.c. Elisabeth Noelle-Neumann (1916-2010) gegründet. Es gehört heute zu den renommiertesten Adressen für die Umfrageforschung in Deutschland. Als Geschäftsführerin leitet Professor Dr. Renate Köcher das IfD Allensbach. Das Institut befindet sich im Besitz der Stiftung Demoskopie Allensbach.

Pressekontakt

Markus Förderl
Mail: Markus.Foederl@glh-online.com
Tel: +49 172 9051869

Dr. Claudia Rudisch
Presseverantwortliche ESCP Business School Berlin
Mail: presse@escpeurope.de
Tel: +49 30 32007 145

Marleen Kort
Mann beißt Hund – Agentur für Kommunikation GmbH
E-Mail: mk@mann-beisst-hund.de
Tel: +49 40 890696 12